

Konkret bedeutet das:

- Einrichtungen, welche die Abstand- und Hygienevorschriften gewährleisten können, dürfen ihre Arbeit unverzüglich wieder aufnehmen.
- Keine digitale Überwachung durch Corona-Apps. Unter keinen Umständen dürfen Grund- und Freiheitsrechte an die Nutzung einer App gekoppelt werden.
- Wirksame Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Unternehmen. Keine ideologisierte Wirtschaftshilfe nach sachfremden Kriterien wie „Klimazielen“ ausrichten. Eine Vermögensabgabe lehnen wir kategorisch ab.
- Grenzschließungsmaßnahmen sind eine sinnvolle Ergänzung im Kampf gegen die Coronavirus-Seuche. Diese sind auch auf sogenannte Asylbewerber auszudehnen.
- Die Erforschung des Coronavirus ist zu unterstützen. Beispielsweise soll durch umfassende Obduktionen der Frage nach der Todesursache auf einer wissenschaftlichen Grundlage nachgegangen werden.
- Es darf keine explizite oder implizite Impfpflicht geben. Wenn ein Impfstoff gegen das Coronavirus vorliegt, darf er selbstverständlich nur auf freiwilliger Basis angewendet werden.
- Die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung sind in der deutschen Nachkriegszeit einzigartig. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um die Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit des schwerwiegenden Eingriffs zu prüfen.
- Das Kurzarbeitergeld muss deutlich erhöht werden.

Viele diese Forderungen finden Sie in unserem Antrag „Coronakrise bewältigen – So viel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig“. Siehe Bundestagsdrucksache 19/18738.



Folgen Sie uns

 AfDBundestag.de

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 youtube.com/AfDFraktionimBundestag

Herausgeber:
Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

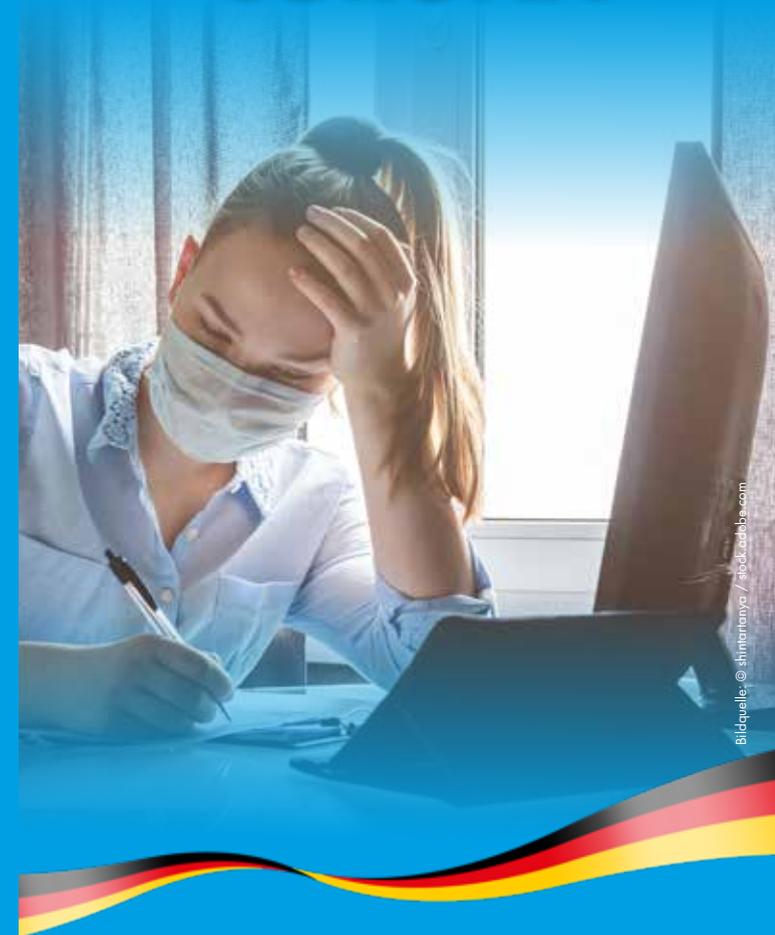
Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: © AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Hintergrundbild - © Sergey Panychev / stock.adobe.com; Smartphone - © inueng / stock.adobe.com

Stand: Mai 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

CORONA



Wege aus der Krise

Die Coronakrise bewältigen

Nicht nur die Corona-Pandemie, auch die Bundesregierung hält unser Land in Atem. Widersprüchliche Aussagen und Verordnungen verunsichern die Bürger. Vieles wäre nicht nötig gewesen, hätte sich die Bundesregierung so vorbereitet, wie es Experten bereits seit Jahren anmahnen.

Nach einer Zeit der Untätigkeit ergriff die Bundesregierung viel zu spät Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, erfolgten in letzter Minute der Not gehorchend umfassende und einschneidende Eingriffe in die Grundrechte der Bürger und das Wirtschaftsleben – ein bislang einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Eingriffe wurden weder angemessen begründet noch ausreichend überprüft.

Die nach wie vor andauernden Einschränkungen fügen unserer Wirtschaft unermesslichen Schaden zu. Die Existenzen von Millionen Bürgern sind auf Jahre bedroht. Die Bundesregierung gefährdet den Wohlstand unseres Landes und den sozialen Frieden unserer Heimat.



Dr. Alice Weidel

Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion

„Wir müssen sofort und entschieden gegensteuern, sonst gerät Deutschland in eine Wirtschaftskrise historischen Ausmaßes. Ohne wirtschaftliche Wertschöpfung können wir die Krise nicht überstehen. Staatshilfen können die Folgen des Shutdowns nur begrenzt und nur für einen kurzen und absehbaren Zeitraum ausgleichen. Unternehmen und Betriebe brauchen eine klare Perspektive für den Wiederanfang, bevor es zu spät ist.“

Die gravierenden Grundrechtseingriffe, die die Ausbreitung der Coronavirus-Seuche verlangsamen sollen, sind unverhältnismäßig. Bewegungsprofile der Bürger mit Hilfe von Tracking-Apps anzulegen oder sie ohne Einzelfallprüfung unter Hausarrest zu stellen, entspricht nicht den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates, der die Grundrechte seiner Bürger garantiert. Eine verpflichtende Impfung mit einem neuen, wenig erprobten Impfstoff birgt gesundheitliche Risiken und verletzt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit.



Dr. Alexander Gauland

Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

„Die Schäden, welche Staat und Gesellschaft durch die Corona-Maßnahmen nehmen, steigen mit jedem Tag weiter dramatisch. Dabei sind die langfristigen Auswirkungen noch gar nicht zu ermessen. Nachhaltige Wohlstandsverluste einer Gesellschaft führen jedoch grundsätzlich immer auch zu einem Absinken der Lebenserwartung. Wir müssen deshalb schleunigst die Einschränkungen der Grundrechte zurücknehmen und alles daran setzen, wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren.“

Die Aktivitäten der Bundesregierung in der Krise

Nach der letzten SARS-Pandemie 2002 warnten Experten vor der Bedrohung durch ein neues Coronavirus. Vor sieben Jahren ließ die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die Folgen einer solchen Pandemie für unser Land abschätzen (siehe Bundestagsdrucksache 17/12051). Die Studie legte schonungslos die Probleme offen, mit denen wir beim Ausbruch einer Coronavirus-Epidemie rechnen müssen. Dennoch bereiteten sich die Kanzlerin und das Gesundheitsministerium

nicht erkennbar auf den Ernstfall vor. Statt bei den ersten Meldungen aus China und später Italien sofort und entschlossen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu ergreifen, blieben sie zunächst weiterhin untätig.

Bereits Anfang Februar 2020 warnten Mediziner und Hersteller vor einer Knappheit medizinischer Schutzausrüstung. Aufgrund der erhöhten Nachfrage in China und der sich abzeichnenden Pandemie sei die Versorgung mit diesen Materialien in Deutschland in Gefahr. Heute wissen wir, dass diese Warnungen mehr als berechtigt waren. Dennoch reagierte Gesundheitsminister Jens Spahn nicht, stattdessen veranlasste die Bundesregierung den Transport großer Teile des noch vorhandenen Vorrates an Schutzmaterialien nach China. Produkte, die unseren Medizinern, den Pflegekräften und damit den Patienten später fehlten.

AfD-Bundestagsfraktion – Wege aus der Krise

In mehreren Sitzungen hat die AfD-Bundestagsfraktion seit Februar über den Kurs in der Corona-Krise beraten und sich auf ein Maßnahmenpaket verständigt. Die AfD-Fraktion setzt sich für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Wahrung der Grundrechte der Bürger ein. Sie vertritt die berechtigten Interessen von Mittelstand und deutscher Wirtschaft und fordert die Beendigung der fortbestehenden Einschränkungen bei Wahrung der üblichen Schutz- und Abstandsregeln.

Aktuelle Informationen über die parlamentarische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion und die zur Corona-Pandemie eingebrachten Anträge finden Sie auf unserer Corona-Sonderseite:

www.afdbundestag.de/corona-krise-in-deutschland/

